

## Pressemitteilung 19/2018

Halle (Saale), den 27. September 2018

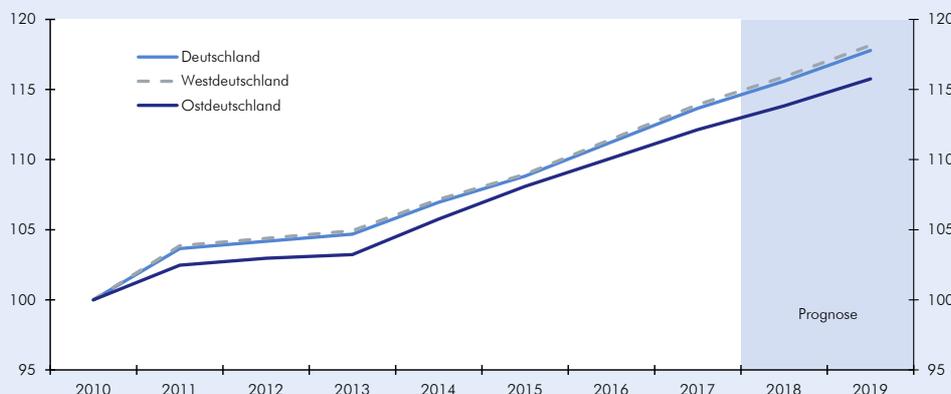
Aufschwung in Ostdeutschland setzt sich verlangsamt fort – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2018 und amtlicher Daten für die ostdeutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2018

Für das Jahr 2018 prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einen Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,5% (Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland insgesamt 1,7%). Auch im Jahr 2019 dürfte die Zuwachsrate in Ostdeutschland mit 1,7% unter derjenigen in Deutschland insgesamt (1,9%) liegen.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert in ihrem Herbstgutachten eine Verlangsamung des Aufschwungs in Deutschland. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Impulse aus dem Ausland, insbesondere dem europäischen, nachgelassen haben. Zugleich fällt es den Unternehmen aufgrund von Kapazitätsengpässen immer schwerer, die Produktion auszuweiten. Beide Argumente gelten in besonderem Maß für Ostdeutschland: Hier ist die Knappheit des Faktors Arbeit, etwa gemessen am Anteil der offenen Stellen an der Gesamtheit aller Stellen, trotz der höheren Arbeitslosigkeit noch größer als im Westen. Außerdem ist die ostdeutsche Wirtschaft zwar weiterhin insgesamt weniger exportorientiert als die westdeutsche, aber ein besonders hoher Anteil der ostdeutschen Exporte geht ins europäische Ausland. Allerdings hatte die Dynamik im ostdeutschen **Verarbeitenden Gewerbe** und mit ihm die ostdeutsche Konjunktur schon im Jahr 2017 nachgelassen.

**Abbildung**  
Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder“

Sperrfrist:  
27. September 2018, 11:00 Uhr

Pressekontakt  
Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter  
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug  
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)  
Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Das Bruttoinlandsprodukt lag in Ost- wie Westdeutschland im ersten Halbjahr 2018 um 1,9% über dem Vorjahresniveau, was für den Westen eine Abschwächung der Konjunktur bedeutet, für den Osten dagegen der Zuwachsrate des Jahres 2017 entspricht. Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomie und Vizepräsident am IWH, erklärt, dass es dabei auf Länderebene große Unterschiede gibt: „Während die Dynamik in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit Zuwachsraten von 1,0% gegenüber dem ersten Halbjahr 2017 besonders schwach ist, können Berlin und Brandenburg mit jeweils 2,3% überdurchschnittlich zulegen.“

Dabei spielt die Wachstumsdynamik im Dienstleistungszentrum Berlin eine wichtige Rolle. Anders als das Verarbeitende Gewerbe legen die **Dienstleistungen** in Ostdeutschland seit einigen Jahren stets etwas rascher zu als im Westen. Die Anbieter von Dienstleistungen profitieren von deutlich steigenden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Denn die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt in Ostdeutschland derzeit mit einer Jahresrate von knapp 2% recht kräftig und trotz schlechterer demographischer Bedingungen nur wenig langsamer als in Westdeutschland zu. Auch sind die Alters- und Hinterbliebenenrenten in Ostdeutschland kräftig erhöht worden. Die deutlich steigenden Einkommen erklären, warum die Lagebeurteilung im ostdeutschen Einzelhandel in den vergangenen Quartalen immer günstiger ausgefallen ist, während sie im Westen bestenfalls stagniert.

Alles in allem prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für das Jahr 2018 einen **Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts** mit Berlin um 1,5% (Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland insgesamt: 1,7%), nach 1,9% im Jahr 2017. Im Folgejahr dürfte die ostdeutsche Produktion in wenig verändertem Tempo (1,7%) expandieren. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit dürfte von 7,6% im Jahr 2017 auf 6,9% im Jahr 2018 und 6,6% im Jahr 2019 sinken (Deutschland insgesamt 2017: 5,7%, 2018: 5,2%, 2019: 4,8%).

---

#### Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

#### Pressekontakt

Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf [Twitter](#)

 Das IWH auf [Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation

der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 93 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).